

Klimaneutral schon bis 2040 - eine Farce!

Das neue Landesklimaschutzgesetz kann so nicht stehen bleiben

Fünf Jahre früher als der Bund will Rheinland-Pfalz klimaneutral werden. Darüber soll kommende Woche im Landtag abgestimmt werden. Im neuen Gesetzentwurf wird das Einsparungspotential von Emissionen in einzelnen Sektoren wie Industrie, Landwirtschaft, Verkehr und Gebäude festgeschrieben. Es dürfen hierfür nicht mehr Treibhausgase (etwa CO₂) ausgestoßen werden, als im Land gebunden werden können. Die Industrie schlägt jedoch schon seit Ankündigung der Gesetzesnovelle Alarm. Denn es wird vor allem die Wirtschaft sein, die den Ausgleich zur Erreichung des Klimaziels schaffen soll! Bereits vor Wochen haben sich der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Industriegewerkschaften IG Metall und IG BCE gemeinsam mit der Landesvereinigung der Unternehmerverbände (LVU) gegen das Gesetz ausgesprochen. Sie warnen davor, dass das Gesetz in der geplanten Form massiven Schaden für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz und dessen Wettbewerbsfähigkeit anrichten wird. Mehrere zehntausend Arbeitsplätze sind bedroht, insbesondere in den mittelständischen Betrieben der Chemie-Industrie, die nicht wie ein Global Player einfach umsiedeln können. Um den notwendigen Klima-Ausgleich zu liefern, fehlen der Wirtschaft auch die Voraussetzungen: Dazu gehört auch die Verfügbarkeit von Biogas, grünem Wasserstoff und Grünstrom. Doch diese sind aktuell viel zu teuer. Und es fehlt zudem an ausgereifter Technologie zur Abscheidung von CO₂, dort, wo Emissionen nicht vermieden werden können.

27 Unternehmen haben sich nun in einem offenen Brief gegen das Gesetz ausgesprochen, darunter auch die BASF und Daimler Truck. Ein Kritikpunkt ist hier, dass das Gesetz nicht auf aktuellen Zahlen beruht, was den Beitrag des Waldes als sogenannte CO₂-Senke betrifft. Laut der letzten Bundeswaldinventur weist der rheinland-pfälzische Wald so große Schäden auf, dass er immer mehr CO₂ abgibt und seine CO₂-Speicherkapazität sich somit zunehmend verringert! Ich habe bei Umweltministerin Katrin Eder nachgefragt, wie die Landesregierung gedenkt, ihr Ziel unter diesen Umständen zu erreichen. In der Gesamtbilanz, so die Ministerin, sei der Wald in den vergangenen zehn Jahren mit ca. 1,7 Millionen t CO₂-Äquivalent pro Jahr eine CO₂-Senke gewesen. Doch nach einer Prognos-Studie soll der Wald in Rheinland-Pfalz bis 2040 jährlich fünf Millionen Tonnen CO₂ binden können. In der Antwort auf meine Kleine Anfrage schreibt Frau Eder, entscheidend für das Ziel der Klimaneutralität sei das Jahr 2040 und nicht der aktuelle Zeitraum. Das ist ein elegantes Ablenkungsmanöver. Es ist in Gesamtdeutschland bereits seit Jahren zu sehen, dass der Wald von einer Senke zu einer CO₂-Quelle geworden ist, und diese Entwicklung droht auch Rheinland-Pfalz.

Diesen Freitag werde ich im Ausschuss für Klima, Energie und Mobilität meine Position erneut klar machen: Wir brauchen realistische Ziele zur Erreichung der Klimaneutralität in unserem Bundesland. Der halbblinde Optimismus der Landesregierung schadet uns als

Wirtschaftsstandort und birgt sogar die Gefahr, dass das Land bei Nichterreichung des Klimaziels verklagt werden kann.

Klimaschutz ist enorm wichtig und auch erwünscht – aber bitte in realistischer Form!

Weitere Mitteilungen unter www.andreas-hartenfels.de

Andreas Hartenfels, MdL (Partei BSW)
fraktionsloser Abgeordneter

Kaiser-Friedrich-Straße 3, 55116 Mainz
Andreas.Hartenfels@abgeordneter.landtag.rlp.de

**Bündnis Sahra
Wagenknecht**